

kommentare und Protestschreiben aus der Bevölkerung lesen. Der Presse und den Schreibern wurde zur Entschuldigung mitgeteilt, es habe sich gar nicht um ein Geschenk gehandelt, sondern „um eine Form indirekter Bezahlung“ für die freie Unterkunft und Verpflegung der deutschen Delegation im Moskauer Hotel. Auf diese Weise konnte nun auch Bulganin erfahren, warum ihm außer dem Porzellanensemble auch noch eine Röntgenanlage und eine Musiktruhe geschenkt worden war. Botschafter Kroll erhielt die windelweiche Erklärung aus Bonn, die Moskauer Botschaft habe so lange auf einen Übergabetermin gedrängt, dass man die Übergabe, als dann der Termin endlich gewährt wurde, nicht mehr habe verschieben können.

*Nachwort: Die Moskaureise des Kanzlers  
im Rückblick nach 50 Jahren*

Die Reise nach Moskau war die erste selbständige Handlung der gerade erst souveränen, noch nicht ganz erwachsenen Bundesrepublik auf außenpolitischem Gebiet. Sie gilt noch immer als ganz besondere Leistung des ersten Kanzlers der Bundesrepublik, und wurde als die spektakulärste Tat seiner gesamten vierzehnjährigen Regierungszeit bezeichnet.<sup>202</sup> Man hat sie auch als „Inbegriff der Adenauerzeit“ gewertet.<sup>203</sup> Diese Einschätzung deckte sich mit dem Urteil der Deutschen. Im Mai 1967, kurz nach Adenauers Tod, nannten 75 % der Bevölkerung die Moskaureise und die Heimführung der Kriegsgefangenen als sein größtes Verdienst. Er blieb „der alte Mann, der dank seiner Zähigkeit die Gefangenen in Rußland befreit hatte“<sup>204</sup>. Er blieb es bis heute, auch wenn, wie schon eingangs erwähnt, seine Wahl zum größten Deutschen aller Zeiten in einer Fernsehshow des Jahres 2003, die von vielen unpolitischen und unhistorischen Zutaten überlagert war, nicht mehr unter dem beherrschenden Eindruck dieser Reise stand.

## Die sowjetischen Ziele

Aber auch die Sowjets hatten damals das Gefühl, einen großen Erfolg errungen zu haben. Im Moskauer Außenministerium hielt man das Ergebnis des Adenauer-Besuchs für den größten Erfolg der sowjetischen Außenpolitik des Jahres 1955.<sup>205</sup> Der verärgerte Charles Bohlen ging sogar so weit, es für den größten diplomatischen Sieg der Sowjetunion in der gesamten Nachkriegszeit zu halten. Wie ist es zu erklären, dass beide Seiten Gründe sahen, das Ergebnis als ihren Erfolg zu verbuchen?

Man muss zunächst noch einmal rekapitulieren, was sich die Sowjetführer davon versprochen, den Bundeskanzler nach Moskau einzuladen. Ihr Einladungsschreiben vom 7. Juni 1955 nannte eine Reihe von Gründen. Sie sagten, sie wollten normale Beziehungen mit einem Austausch von diplomatischen Vertretungen sowie einen verstärkten Handels- und Kulturaustausch, weil dies für beide Seiten von Nutzen sein werde. Zwei Tage später äußerte Molotow bei einem Essen mit dem französischen Ministerpräsidenten Faure, seine Regierung „müsse verlorene Zeit einholen, nachdem [die] westliche Welt schon so lange in enger Verbindung mit Westdeutschland stehe“.<sup>206</sup>

Damit hat man sicher noch kein vollständiges Bild ihrer Motive. Man hatte sich in Bonn angewöhnt, die wahren sowjetischen Absichten immer im Gegenteil ihrer erklärten Intentionen zu suchen. Wenn Moskau von Entspannung und normalen zwischenstaatlichen Beziehungen sprach, war dies nach Bonner Ansicht als der Versuch zu deuten, im westlichen Lager Zwietracht zu säen und im Verhältnis zwischen Washington und Bonn Misstrauen aufkommen zu lassen. Schließlich hatte der Kreml in den vergangenen Jahren immer wieder versucht, durch Versprechungen und Drohungen die Bundesrepublik aus ihren wachsenden Bindungen an den Westen zu lösen. Warum sollte er seine Taktik geändert haben?

Dieser Bonner Blickwinkel war nicht identisch mit dem der drei Westmächte. Sie hatten sich schon sehr stark auf den Kurs der Entspannung zwischen den beiden Blöcken eingestellt. Sie sahen die Einladung an den Bundeskanzler als ein weiteres Anzeichen für die neue, gewandelte Politik der Sowjets nach Stalins Tod, wie sie zuvor im österreichischen Staatsvertrag, in dem Canossagang nach Belgrad und in der vom Lächeln dominierten Genfer Gipfelkonferenz erkennbar geworden war. Dulles, der Felsen, auf den Adenauers Außenpolitik gebaut war, glaubte die Zeichen aus Moskau als Willen zur Entspannung deuten zu können – Adenauer nicht. Hierin lag sicher eine Divergenz der außenpolitischen Analyse in Washington und Bonn, eine Meinungsverschiedenheit, die den Sowjets nicht verborgen geblieben sein wird.

Aber man wird diese weltpolitischen Elemente der sowjetischen Initiative nicht überbewerten dürfen. Es ging den Sowjets wohl doch in erster Linie um das bilaterale Verhältnis zu Bonn und um den Gesamtkomplex ihrer Deutschlandpolitik in der Zeit nach dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik. Sie hielten es angesichts der gewachsenen wirtschaftlichen Bedeutung der Bundesrepublik für unentbehrlich, auch in Bonn mit einer Botschaft vertreten zu sein. Man kann aus den Aktivitäten Sorins und seiner Botschaft den Schluss ziehen, dass der Schwerpunkt ihres Auftrags in der Anknüpfung von Kontakten zu den deutschen Wirtschaftskreisen bestand. Sobald ihre Botschaft am Rhein eröffnet war, traten sie bei allen Handels- und Industriemessen auf, besuchten die Chefs der großen Firmen und führten zahlreiche Wirtschaftsdelegationen aus der Sowjetunion in Deutschland herum.

Der politische Auftrag ihrer Botschaft war demgegenüber weniger ausgeprägt, zumindest in der Anfangszeit. Es war für sie lohnend, die in Bonn sehr frei herumschwirrenden Nachrichten und Gerüchte zu sammeln und auszuwerten. Aber die Nachrichtenzentrale für ihre Geheim-

dienste war nicht alles, was sie in Bonn etablieren wollten. Es blieb darüber hinaus sicher die Wunschvorstellung des Kreml, die engen westdeutschen Bindungen an die USA zu lockern und eine möglichst bündnisfreie Politik der Bundesregierung zu fördern, so wie es Chruschtschow in seinem Brief an die SED vom 7. Juni als Ziel formuliert hatte. Die Einflussnahme auf die Politik der Bonner Regierung war jedoch keine einfache Sache. Vor allem die Kontakte zu den linken politischen Parteien waren problematisch. Die getreuen Freunde von der KPD standen kurz vor dem Verbot ihrer Partei (im August 1956) und hatten ohnehin kaum Rückhalt, nicht einmal in der Kommunalpolitik oder in der Arbeiterschaft. Die deutschen Sozialdemokraten hatten ein traditionell belastetes Verhältnis zu den Moskauer Kommunisten, erst recht seit ihrer Unterdrückung in der sowjetischen Besatzungszone. Als Ansprechpartner blieben eigentlich nur die Liberalen vom Dehler-Flügel. Erschwerend kam hinzu, dass die Bewegungen der Sowjetdiplomaten und die Identität der Besucher der Botschaft in Rolandseck überwacht wurden.<sup>207</sup> Über ihren geringen politischen Aktionsraum werden sich die Sowjets von Anfang an keine Illusionen gemacht haben. Sie versuchten in fleißiger Kleinarbeit Kontakte zu deutschen Bürgermeistern, Industriekapitänen, Parlamentariern und Journalisten herzustellen, ihnen Informationsmaterial anzubieten, sie in die Sowjetunion einzuladen oder in anderer Weise zu Freunden und Bewunderern Russlands werden zu lassen.

Auch wenn die Sowjets sich vorstellen konnten, dass die politische Arbeit ihrer Botschaft in Bonn wenig ergiebig sein würde, schien es ihnen schon allein zur Intensivierung der Handelsbeziehungen lohnend, auch im Westen Deutschlands vertreten zu sein. Mit einer gewissen Nostalgie erinnerte man sich in Moskau der goldenen zwanziger Jahre, an den Rapallo-Vertrag, den die „Iswestija“ in ihrem Kommentar zur Einladung Adenauers als einen „wichtigen

Meilenstein“ der besten Periode deutsch-sowjetischer Beziehungen gepriesen hatte.<sup>208</sup>

Neben den eigenen Vorteilen hatten die Sowjets wohl auch die Hilfe für die DDR im Auge. Durch die Anwesenheit eines Bonner Botschafters in Moskau sollte die Anomalität der deutschen Teilung normalisiert werden. Vor aller Welt würde die völkerrechtliche Gleichheit der beiden deutschen Staaten demonstriert werden können. Dies würde, so hoffte man in Moskau und in Ostberlin, Nachahmer in der sogenannten Dritten Welt finden, bei den neutralen Staaten, die schon längst gleichartige Beziehungen zu beiden deutschen Staaten haben wollten.

Dies also waren die teilweise erklärten, teilweise vermuteten Gründe der Sowjets für die Einladung an Adenauer.

### Die Ziele Adenauers

Was aber bewog den Bundeskanzler dazu, die Einladung anzunehmen? Hier wird man neben den Gründen der Staatsräson, den internationalen Gegebenheiten und den parteipolitischen Überlegungen auch nach den persönlichen Motiven Adenauers zu fragen haben. Seine Entscheidung, nach Moskau zu fahren, war vielschichtiger Natur.

In erster Linie kam es ihm darauf an, seine Reise in das Gesamtkonzept der westlichen Politik gegenüber der Sowjetunion einzubetten. Es dürfe – so erklärte er immer wieder – nicht einmal der Anschein von Parallelverhandlungen oder gar eines Gegensatzes zur Deutschlandpolitik der Alliierten und ihrer Genfer Konferenzstrategie aufkommen. Ein solcher Gegensatz war auch – zumindest vor der Reise – nicht zu erkennen. Bei der Konsultationsreise Adenauers im Juni war von keinem der Alliierten zu hören, er solle die Einladung ablehnen. Im Gegenteil, die Briten waren unverhohlen erfreut darüber, dass es nun bald einen direkten Draht zwischen Bonn und Moskau und hoffentlich danach auch zwischen Bonn und Ostberlin geben werde,

um den Bremsklotz der deutschen Frage bei allen Ost-West-Verhandlungen endlich los zu sein. Auch die Amerikaner hielten es für gut, dass sich die Bundesregierung in die westliche Entspannungspolitik einfügen würde. Bei den Beratungen Adenauers mit den Westmächten ging es eigentlich nur noch um den besten Zeitpunkt für die Reise. Man war sich schnell einig, dass die Wochen zwischen den beiden Genfer Konferenzen optimal seien.

Auch innerhalb der Bundesrepublik gab es keinen Zweifel daran, dass die Einladung angenommen werden müsse. Hier ging man sofort weiter zu der Frage, welche Themen in Moskau zu verhandeln seien. In der Konstellation des Jahres 1955 gab es nach der deutschen Interessenlage außer der Freilassung der letzten Gefangenen nur ein weiteres großes Verhandlungsziel: die Wiedervereinigung. Adenauer konnte sich nach der raschen Ablehnung der Stalin-Note vom März 1952 nicht ein weiteres Mal dem massiven Vorwurf aussetzen, er habe eine Chance zur Wiedervereinigung leichtfertig ausgeschlagen.<sup>209</sup> Mit dem sowjetischen Vorschlag diplomatischer Beziehungen hatte man keine Probleme. Jedenfalls war dieser Vorschlag nicht so unannehmbar wie die früheren Forderungen aus Moskau, die allesamt einen Stop der Westbindung verlangt hatten und daher schnell verworfen wurden.

Für Adenauer selbst gab es keinen Zweifel, dass diplomatische Beziehungen mit Moskau unumgänglich waren. Alle anderen Staaten hatten sie. Deutschland brauchte sie in besonderem Maße, weil die Sowjetunion die Schlüsselkraft für die Wiedervereinigung war. Die Bundesrepublik war jetzt souverän und konnte auch auf diese Weise zeigen, dass sie erwachsen geworden war, dass sie nicht mehr der „heranwachsende junge Mann“ war, „der von den anderen drei nach Belieben mitgenommen oder zu Hause gelassen wurde“, wie es Adenauer später vor dem Parteivorstand der CDU formulierte. Die wenigen in der Umgebung des Kanzlers, die den Botschafteraustausch bis zur Wiederver-

einigung vertagen wollten (Heinrich von Brentano, Jakob Kaiser), drangen damit nicht durch.

Aber es gelang dem Auswärtigen Amt, Adenauer auf hinhaltendes Taktieren festzulegen. Wie bei jeder Verhandlung müsse man der Gegenseite zunächst einmal Widerstand leisten. Das Zugeständnis diplomatischer Beziehungen müsse an die beiden deutschen Gegenforderungen gekoppelt werden. Wenn die Sowjets nur teilweises Entgegenkommen zeigten, solle man ihnen nicht sofort Beziehungen auf der Ebene von Botschaftern, sondern eine bis zwei Etagen tiefer anbieten. Adenauer stimmte dieser Verhandlungslinie halberzig zu. Auch die andere Idee des Auswärtigen Amts, die Verhandlungen bei mangelnden sowjetischen Konzessionen mit der Einsetzung von vier Arbeitsgruppen enden zu lassen, ließ er in den Positionspapieren stehen. Er trug sie aber in Moskau nicht selbst vor, sondern überließ es von Brentano, in der Ausschusssitzung am dritten Verhandlungstag die Arbeitsgruppen offiziell vorzuschlagen und sich dafür die voraussehbare Abfuhr Molotows einzuhandeln, wozu man denn Arbeitsgruppen brauche, wenn doch alle politisch Verantwortlichen beider Seiten am Tisch säßen. Die Alternative von Geschäftsträgern oder diplomatischen Agenten wurde gegenüber den Sowjets gar nicht erst erwähnt. Es blieb also nicht viel von der Verhandlungslinie übrig, die man sich in der Schweizer Bergwelt ausgedacht hatte.

Es passte ohnehin nicht ins Bild, dass der Kanzler nur zu einer ersten Kontaktaufnahme nach Moskau gehen wollte, zu Gesprächen, an deren Ende lediglich die Einsetzung von vier Arbeitsgruppen stehen sollte und dass er doch mit großem Gefolge reiste, mit einer Delegation von 142 Personen, mit zwei brandneuen großen Lufthansa-Flugzeugen, mit zwei Mercedes 300 und mit einem speziell angefertigten Sonderzug.<sup>210</sup> Man hat für diese große Karawane Adenauers in den Orient historische Bilder bemüht. Die „Süddeutsche Zeitung“ sprach von einem „Riesentrost, eines Kaisers des Heiligen Römischen Reiches würdig“.<sup>211</sup> Der

Adenauerbiograph Schwarz verlegte seine Assoziationen zu den Indianern. „Der Häuptling an der Spitze eines großen Gefolges mißt seine Kräfte mit den Häuptlingen des feindlichen Stammes.“<sup>212</sup> Blankenhorn hatte beim Empfang im St. Georgssaal Assoziationen vom Zelt des großen asiatischen Khan. Die Prachtentfaltung auf beiden Seiten forderte auch Stimmen der Missgunst heraus wie etwa im hämischen Pressekommentar aus einem Nachbarstaat, der Adenauers Auftritt als „Protzentum und Angeberei“ empfand. „So war es auch unter Kaiser Wilhelm, so unter Adolf Hitler und Göring, das mit dem Getue, dem Prunk, dem Pomp.“<sup>213</sup>

### Der enge Spielraum für Verhandlungen

Die entscheidende Frage bei der Vorbereitung war: Wie sollten die Gespräche strukturiert werden? Wie sollte man nach den einleitenden Reden der beiden Delegationsleiter vorgehen? Sollten es nicht nur Gespräche, sondern echte Verhandlungen werden?

Die Verhandlungslage, um damit zu beginnen, war überhaupt nicht günstig für die deutsche Delegation. Sie wollte erstens Fortschritte in der deutschen Frage erzielen. Aber die Sowjetführer hatten auf dem Genfer Gipfel und – noch unverblümter – bei ihrem anschließenden Auftritt in Ostberlin keinen Zweifel daran gelassen, dass es für sie zwei deutsche Staaten gebe, und diese sollten ihre Wünsche untereinander aushandeln. Adenauer wollte zweitens die Kriegsgefangenen zurückholen. Aber die Sowjets hatten zuletzt noch am Rande der Genfer Gipfelkonferenz wiederholt, dass es bei ihnen nur noch verurteilte Kriegsverbrecher gebe. Beide Forderungen würden also höchst wahrscheinlich ins Leere gehen. Umgekehrt wussten die Sowjets, dass sie nichts Unmögliches verlangten. Sie hatten natürlich Adenauers Äußerungen zu diplomatischen Beziehungen zur Kenntnis genommen und daraus folgern können, dass auch



er diplomatische Beziehungen mit Moskau anstrebte. Warum sollten sie ihm noch einen Preis dafür zahlen, wenn er selbst den Botschafteraustausch wollte? Was blieb für die Deutschen bei dieser Ausgangslage noch zu verhandeln?

Es nimmt nicht Wunder, dass Adenauer bis zuletzt insgeheim hoffte, es werde sich ein Grund dafür anbieten, die Reise abzusagen. Wenn er aus Moskau mit leeren Händen zurückkäme, würde seine Popularität bei den Wählern und seine Stellung innerhalb der CDU unweigerlich Einbußen erleiden. Dulles und den anderen befreundeten Politikern konnte er zwar glaubhaft versichern, dass es in Moskau nur um eine erste Begegnung, um ein Kennenlernen gehen werde. Sie waren damit zufrieden. In Deutschland würde man aber wesentlich mehr erwarten. Er konnte nicht nach Moskau fahren und ohne Ergebnisse zurückkehren. Am Ende war das sogar der wirkliche Grund für die Einladung der Sowjets, ihn in Moskau vor eine Wand laufen zu lassen und sein Renommee in Deutschland und in der Welt zu schädigen?<sup>214</sup>

### Adenauers persönlicher Ehrgeiz

Wenn er sich dennoch entschloss zu fahren, so waren dafür persönliche Gründe sehr wichtig, wenn nicht sogar ausschlaggebend. Er wollte es als fast 80-jähriger Mann allen zeigen, dass er noch immer den Mut hatte, in die Höhle des Löwen zu gehen. Er wollte demonstrieren, dass er es am Verhandlungstisch mit diesen Kommunisten aufnehmen werde, die vorher in Genf über die westlichen Staatsmänner nach Punkten gewonnen hatten. Er wollte beweisen, dass er sich nicht mit einem ärztlichen Attest von den unvermeidlichen Trinkgelagen wegstellen müsse. Bei seinen Bergwanderungen in Mürren hatte er schon allen Besuchern demonstriert, dass er sie hinter sich zurücklassen konnte und noch nicht zum alten Eisen gehörte. Baring nannte es mit Recht „die elementare, vitale Neugierde des Bundeskanzlers, mit den mächtigen Männern im Kreml zusam-

menzutreffen, sich an ihnen zu messen, sich der Herausforderung dieser persönlichen Konfrontation gewachsen zu zeigen“.<sup>215</sup>

Dieser persönliche Ehrgeiz paarte sich mit der Erwartung des deutschen Kanzlers, auf der internationalen Bühne künftig von gleich zu gleich mitreden zu können über seine Gespräche mit Bulganin und Chruschtschow, über seine Eindrücke von den Sowjetführern, vom Alltag in Moskau, über die reale Bedrohung des Westens durch die Sowjetunion. Er machte davon in vollem Maße Gebrauch, als er gleich nach seiner Rückkehr allen politischen Gremien in Bonn, aber auch den drei Botschaftern der Westmächte in langen Monologen seine Erfahrungen schilderte. US-Botschafter Conant klagte bewegt darüber, dass er und seine beiden Kollegen geschlagene 35 Minuten über die einzelnen Sowjetführer ins Bild gesetzt wurden.<sup>216</sup> Auch Dulles erhielt einen langen Brief mit detaillierten Schilderungen, auf die er halb amüsiert antwortete: Ich kann mir lebhaft vorstellen, welche bizarren Erfahrungen Sie im Kreml gemacht haben.<sup>217</sup> Natürlich suchte Adenauer sein gewachsenes internationales Prestige nicht nur für sich persönlich, sondern auch für sein Amt und für die Bundesrepublik Deutschland ins Spiel zu bringen.

Man kann also davon ausgehen, dass Adenauer sehenden Auges in schwierige Verhandlungen hineinging, aus denen nur mit Mühe etwas herauszuholen war. Im Rückblick konnte er aber mit Recht sehr zufrieden sein, weil ihm mehr geglückt war, als realistischerweise erwartet werden konnte.

## Die Erfolge Adenauers

Einer seiner wichtigsten Erfolge war, dass er unwidersprochen als Vertreter „der Deutschen“ auftrat. Gleich am Flughafen bei seiner Ankunft sprach er davon, dass er der erste Repräsentant des deutschen Volkes sei, der seit dem Kriegs-

ende nach Moskau komme. Er konnte seinen Besuch als die erste offizielle Begegnung Deutschlands und der Sowjetunion bezeichnen, so als hätte es vorher noch keine Besuche von Pieck und Ulbricht in Moskau gegeben.<sup>218</sup> Nicht nur die offiziellen Vertreter der sowjetischen Politik, auch die Verlautbarungsorgane der sowjetischen Medien schwiegen zur „westdeutschen Alleinvertretungsanmaßung“. Man überließ die Rügen großzügig dem SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“, das die korrekten sowjetischen Auffassungen von der Zweiteilung Deutschlands und der limitierten Zuständigkeit der Bonner Regierung den sowjetischen Genossen in Erinnerung rief, natürlich ohne sie zu schelten.<sup>219</sup> Auch in den Reden der Sowjetführer war nur vom deutschen und russischen Volk die Rede. Die sonst üblichen Floskeln wie „die Werktätigen in der deutschen Bundesrepublik“ kamen gar nicht erst vor. Dies waren Pluspunkte für Adenauer im deutsch-deutschen Konkurrenzkampf, und sein Erfolg hat in Ostberlin zweifellos geschmerzt.

Hinzu kam die Unvorsichtigkeit der Sowjets, gelegentlich von der „Wiederaufnahme“ der Beziehungen zu sprechen, so als sei in Moskau die These akzeptiert, dass die Bundesrepublik die Nachfolgerin des Deutschen Reiches sei, mit dem man bis 1941 diplomatische Beziehungen hatte, die es nun wiederaufzunehmen galt.<sup>220</sup> In Bonn hat man dies als so selbstverständlich angesehen, dass man ganz vergaß, es in die Liste der Erfolge von Moskau aufzunehmen. Für die Bundesregierung war es von Anfang an wichtig gewesen, die Nachfolge des Deutschen Reiches für sich zu reklamieren, schon weil dadurch die deutschen Auslandsguthaben und der deutsche Sitz in internationalen Organisationen beansprucht werden konnten. Nach der Auffassung der Bonner Regierung war das Deutsche Reich bei der Niederlage der Hitlerregierung nicht untergegangen, sondern von den Besatzungsmächten treuhänderisch verwaltet worden, bis die Regierungsgewalt in die Hände der frei gewählten Bundesregierung gelegt wurde. Und mit die-

ser nahm nun die Sowjetregierung die diplomatischen Beziehungen „wieder“ auf.

Die sowjetische Seite demonstrierte bei diesen verbalen Konzessionen an die westdeutschen Gäste den Gleichmut einer Großmacht, die sich nicht mit verbalen Kleinigkeiten abgeben mochte. Man vergab sich nichts dabei, wenn man in vielen Trinksprüchen den Kanzler als den Repräsentanten des „großen deutschen Volkes“ hochleben ließ.

### Der begrenzte Nutzen der Vorbehaltserklärungen

Den Deutschen dagegen war diese Nonchalance fremd. Sie waren noch zu sehr an ihre „Rechtspositionen“ gefesselt, die sie glaubten, bis ins Detail und immer von Neuem verteidigen zu müssen. Dies zeigt sich vor allem an den zwei Vorbehaltserklärungen, mit denen man sich so große Mühe gab. Man hätte eigentlich so einfach verfahren können wie die Sowjets, die es sich in ihrer Note vom 19. August 1955 ersparten, ihre Ansichten zur deutschen Wiedervereinigung ausführlich darzulegen, sondern einfach darauf verwiesen, „daß die Haltung der UdSSR in dieser Frage der Regierung der Deutschen Bundesrepublik bekannt ist“. In gleicher Weise hätte Adenauer oder ein anderer Sprecher der deutschen Delegation mündlich über den Konferenztisch hinweg erklären können, dass der sowjetischen Seite die Ansichten der Bundesregierung zum Alleinvertretungsrecht und zur Vorläufigkeit der Grenzen im Osten bekannt seien. Sie waren der Sowjetregierung sattsam bekannt; denn natürlich sammelte man im Moskauer Außenministerium und im Zentralkomitee der KPdSU alle politischen Äußerungen der Bundesregierung. Die Moskauer Reden beider Seiten waren schon am nächsten Tag gedruckt und in aller Welt veröffentlicht.

Jedermann wusste, dass die Ansichten von Moskau und Bonn in diesen Punkten auseinander gingen. Wozu brauchte man einen Brief und dazu noch eine Quittung für jenen Brief

Adenauers an Bulganin, der zwischen Nacht und Tag einem sowjetischen Funktionär zugestellt wurde? Warum musste man sich am letzten Tag stundenlang über die Formalitäten der Vorbehaltserklärung streiten, so als gäbe es im Völkerrecht strenge Prozedurregeln, ähnlich der deutschen Zivilprozessordnung, so als müsste man einem Amtsrichter später einmal beweisen können, dass, wann und auf welche Weise der Moskauer Regierung der Bonner Standpunkt zur deutschen Frage bekannt gemacht worden sei?

Die beiden Erklärungen im Brief Adenauers hatten ohnehin nichts mit einem Vorbehalt im Sinne des Völkerrechts zu tun. Man spricht nur dann von einem Vorbehalt im Völkerrecht, wenn bei einem multilateralen Vertrag einer der Vertragsstaaten mit einer bestimmten Vertragsklausel nicht einverstanden ist, den restlichen Vertrag jedoch akzeptieren will.<sup>221</sup> Bei einem zweiseitigen Vertrag, wie dem vorliegenden, wäre die Ablehnung einer vertraglichen Bestimmung gleichbedeutend mit dem Scheitern des gesamten Vertrags. Der Moskauer Vertrag hatte ohnehin nur eine einzige Abmachung zum Inhalt, nämlich den Austausch von Botschaftern. Darin waren sich beide Seiten einig und dazu gab es keinen Vorbehalt. Der Rest des Vertrags<sup>222</sup> enthielt politische Absichtserklärungen, die eigentlich in eine Präambel gehört hätten. Die beiden „Vorbehalte“<sup>223</sup> waren – juristisch gesehen – Interpretationserklärungen. In ihnen wurde zu Protokoll gegeben, wie dieser Vertrag zu interpretieren sei, vielmehr, wie er nicht ausgelegt werden dürfe.

Und was blieb am Ende von den beiden deutschen „Vorbehaltserklärungen“ übrig? Nachdem TASS sie im Namen der Sowjetregierung zurückgewiesen hatte, schrumpften sie zur rechtlichen Bedeutungslosigkeit, wie Grewe in seiner Aufzeichnung<sup>224</sup> korrekt dargelegt hatte. Sie waren deutsche Interpretationen, die mit den sowjetischen nicht vereinbar waren. Sie behielten allenfalls eine gewisse innenpolitische Bedeutung. Man konnte in der Bundesrepu-

blik stolz darauf sein, dass der Bundeskanzler „in der Höhle des sowjetischen Löwen“ die deutschen Ansichten klipp und klar auf den Tisch gelegt und sie Bulganin sogar schriftlich gegeben hatte. Ob Adenauers Brief deshalb gleich zu „einem der kostbarsten Dokumente Adenauer-scher Deutschlandpolitik“<sup>225</sup> und damit zur Ehre der historischen Altäre erhoben werden sollte, scheint aber doch fraglich.

Nein, die Vorbehaltserklärungen gaben auf der Erfolgsseite der Moskaureise nicht viel her. Ebenso wenig die angeblich erstmalige Erklärung Bulganins, alle vier Siegermächte hätten eine Verpflichtung, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen. Adenauer stellte sie als das wichtigste Zugeständnis der Sowjets heraus, das er in der Wiedervereinigungsfrage aus ihnen herausholen konnte. In Wirklichkeit hatte Bulganin eine inhaltsgleiche Erklärung – sogar in schriftlicher Form – wenige Wochen zuvor in Genf abgegeben („... in Erkenntnis ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Regelung des deutschen Problems und der Wiedervereinigung Deutschlands mittels freier Wahlen ...“), eine Erklärung, die durch die Erwähnung von „freien Wahlen“ noch viel bedeutsamer war als das, was Bulganin in Moskau sagte. Zudem hatte er in seiner Moskauer Rede abschwächend gesagt, dass es zwar Verpflichtungen der vier Mächte gäbe, dass aber die Wiedervereinigung vor allem eine Aufgabe der beiden deutschen Staaten sei.

Bulganins Aussage war ebenso wenig ein wirklicher Erfolg wie die Formel aus der Sowjetnote vom 7. Juni, die auf deutschen Wunsch in den Vertragstext und in das Schlusskommuniqué übernommen wurde. Darin hieß es, dass die diplomatischen Beziehungen „zur Lösung der ungeklärten Fragen, die das ganze Deutschland betreffen, beitragen und damit auch zur ... Wiederherstellung eines deutschen demokratischen Staates verhelfen werden“. Beide Formulierungen waren nicht mehr als warme Luft.

Sie halfen nicht viel weiter, aber sie waren in der Tat das einzige, was zu jener Zeit zum Thema Wiedervereinigung aus den Sowjets herauszuholen war.

### Kein Fortschritt bei der Wiedervereinigung

Wenn man einen Schlusstrich bei diesem Thema zieht, kann man sagen, dass die Reise nach Moskau zur Wiedervereinigung nichts, aber auch gar nichts erbrachte. Die Sowjets machten keine überraschenden Angebote, wie Globke sie vermutet hatte, und sie ließen sich von den allgemein gehaltenen Appellen der Deutschen zu keinem einzigen Schritt in Richtung auf die deutsche Einheit bewegen. Der Kanzler musste in diesem Punkt mit leeren Händen nach Bonn zurückkehren. Aber das war für ihn weder überraschend noch eine Niederlage. Er hatte zu Hallstein schon in Mürren gesagt, dass die Haltung der Sowjetunion zur deutschen Einheit „niemals so ungünstig war wie jetzt“. In Mürren hatte man folgerichtig bereits an einer Tagesordnung für Moskau gearbeitet, auf der die Wiedervereinigung zuerst überhaupt nicht vorkam, sondern erst später eingearbeitet wurde. Aber sowohl die Alliierten wie auch die deutsche Öffentlichkeit gingen davon aus, dass die Wiedervereinigung ein *Verhandlungsgegenstand* in Moskau sein werde. Dieser Vermutung ist Adenauer vielleicht nicht eindeutig genug entgegengetreten. Für alle, die es hören wollten, hat er zwar mehr als einmal erklärt, dass er keinen zweiten Verhandlungsweg in Konkurrenz zu Genf eröffnen wolle, dass nur die vier Mächte über die deutsche Einheit verhandeln könnten, dass er aber über die deutsche Teilung in Moskau *sprechen* werde. Das hat er auch getan. In ihren Grundsatzreden haben Adenauer am ersten und von Brentano am zweiten Verhandlungstag an die sowjetische Seite appelliert, die deutsche Einheit wiederherzustellen. Diese Reden – das darf man wohl sagen – waren so allgemein gehalten wie die üblichen Fest-

tagsreden zum 17. Juni. Auch die sowjetische Seite registrierte, dass ihre Gäste die Wiedervereinigung nur in „sehr allgemeiner Form“<sup>226</sup> angesprochen hätten.

Aber nicht auf diese veröffentlichten Reden kam es bei dem Treffen mit den Sowjetführern an. Es waren die drei oder vier Zusammenkünfte im kleinsten Kreise, bei denen sich die deutsche Frage vielleicht ein kleines Stück hätte bewegen lassen. Erstaunlicherweise wurde jedoch bei diesen formlosen Gesprächen, für die es keine Tagesordnung und keine Tabuthemen gab, kein einziges Wort über die Wiedervereinigung gesprochen. Adenauer berichtete später dem CDU-Vorstand stolz, dass er mit den beiden Sowjetführern „nicht über deutsche Fragen, nicht über Fragen der Sowjetzone, über alles das nicht, sondern über die allgemeine politische Situation in der Welt“ gesprochen hatte. Ihm schien einerseits das Thema Wiedervereinigung aussichtslos, aber andererseits war es wohl auch eine zu mächtige Verlockung, das intime Gespräch mit den Machthabern des Ostblocks zu einem nachgeholtten Gipfeltreffen zu gestalten. Es drängte Adenauer, die bei der Gipfelkonferenz in Genf versäumten Gespräche nachzuholen, von Staatsmann zu Staatsmännern über Weltprobleme zu sprechen und sie von den friedlichen Absichten der westlichen Welt zu überzeugen oder – in seinen eigenen Worten – um damit „die Herren etwas zum Nachdenken über die ganzen Verhältnisse zu bringen“.

Es mag ungerecht sein, ihm aus heutiger Sicht daraus einen Vorwurf machen zu wollen. Aber er hatte in seinem Gepäck immerhin nützliche Gesprächsvorschläge aus dem gesamtdeutschen Ministerium. Aus dem Hause Jakob Kaisers waren ihm Anregungen mitgegeben worden, wie man „kleine Schritte“ zur „Wiederherstellung der Freizügigkeit im Verkehr von Mensch zu Mensch“ über die Zonengrenze hinweg einleiten könne, Erleichterungen im Interzonenverkehr, Rückkehr zu ungehinderten Post- und Telefonverbindungen.<sup>227</sup> Auf solche kleinen Schritte –



nicht auf die große Wiedervereinigung – hätte man die Sowjets durchaus ansprechen können. Aber die Einsicht in die Notwendigkeit von Gesprächen und Verhandlungen zur Erleichterung des Schicksals der ostdeutschen Bevölkerung wuchs erst nach dem Mauerbau von 1961. Erst ein weiteres Jahr später erklärte Adenauer im Bundestag an die Adresse der Sowjetunion, er sei bereit, „über vieles mit sich reden zu lassen“, wenn man die Bevölkerung in der DDR ihr Leben nach ihrem Willen gestalten lasse.<sup>228</sup> Und noch ein Jahr später wurde das erste von vier Passierscheinabkommen ausgehandelt, durch das es den Westberlinern möglich wurde, an hohen Feiertagen ihre Verwandten in Ostberlin zu besuchen. Die Situation der Menschen in der DDR war 1955 noch nicht am oberen Ende der Tagesordnung angekommen. Adenauer hätte bei den Privatgesprächen mit Bulganin und Chruschtschow die gute Gelegenheit gehabt, die Probleme des geteilten Deutschland unter dem Aspekt der menschlichen Erleichterungen anzusprechen, aber seine Wahl der Gesprächsthemen führte auf andere Wege.

Und was war mit den anderen Verhandlungsthemen? In Punkto Wirtschaft und Handel hatte die deutsche Seite keine Eile und die sowjetische drängte nicht, sondern begnügte sich mit der vagen Formulierung im Schlusskommuniqué, dass „in nächster Zeit“ Besprechungen über die Handelsförderung folgen würden. Bei den kulturellen Fragen waren beide Seiten weder vorbereitet noch daran interessiert, zu irgendwelchen konkreten Ergebnissen zu kommen.

### Die Verhandlungen über die Gefangenen

Die einzigen Verhandlungen, die man wirklich Verhandlungen nennen konnte, drehten sich um die Freilassung der gefangenen und verschleppten Deutschen. Hierbei zeigte Adenauer alle seine Talente, vor allem, dass er ein guter Debattierer, ein sehr geschickter und hartnäckiger



Spätheimkehrer im Durchgangslager Friedland (BPA)

Verhandler, und – in den Verhandlungspausen – ein geselliger und erstaunlich trinkfester Gesprächspartner<sup>229</sup> war. Obgleich wir heute wissen, dass die Freilassung der Gefangenen schon vorher als Preis für den Botschafteraustausch feststand, dass es also gar nicht mehr auf Adenauers Verhandlungskünste, sondern nur auf sein Nachgeben ankam, wird man ihm auch heute nicht den Respekt für seine herausragende Leistung und für sein Durchhaltevermögen verweigern können. Es bleibt nur zu bedauern, dass „kostbare Verhandlungszeit für eine Frage in Anspruch genommen [wurde], deren Lösung im Grund längst beschlossene Sache war“.<sup>230</sup>

Im Ganzen gesehen lief die Konferenz für die Sowjets gut über die Bühne, fast so gut, wie sie es in ihrem Szenario vorausgerechnet hatten. Sie erreichten ihr einziges Ziel, die diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik, ohne dafür einen hohen Preis zahlen zu müssen. Die Freiheit der gefangenen Deutschen war für Adenauer eine kostbare Trophäe, für die Sowjets dagegen eine relativ geringwertige Konzession, die sie nichts kostete und ihnen keine Nachteile brachte. Manche Indizien sprechen dafür, dass sie die Gefangenen ohnehin bald freigelassen hätten, auch wenn es keine Moskaureise des Kanzlers gegeben hätte. Vielleicht wären sie dann als ein Geschenk an die DDR oder an die SPD im Vorfeld der nächsten Bundestagswahlen adressiert worden.<sup>231</sup>

In zweifacher Hinsicht lief aber der Handel mit den Gefangenen nicht so, wie es sich die Sowjets vorgestellt hatten: Zum einen erlaubten sie Adenauer, als strahlender Sieger nach Bonn zurückzukehren. Sie hatten sich anscheinend vorher nicht ausmalen können, welche Emotionen ihre Zusage in der deutschen Öffentlichkeit auslösen würde. Nicht einmal die deutsche Delegation hatte damit gerechnet, dass die Heimkehr zu einem derartigen Triumph werden würde. Die Sowjets stärkten dadurch Adenauers innenpolitische Stellung in erheblichem Maße, und verhal-

fen ihm zu Pluspunkten für die nächsten Wahlen. Das lag bestimmt nicht im sowjetischen Interesse.

Der andere Missgriff war, dass sie eine goldene Chance zur Aufwertung der DDR ungenutzt verstreichen ließen. Es muss die SED-Führung stark verärgert haben, dass die Sowjetführer nicht auf ihrer ursprünglichen Forderung nach dreiseitigen Verhandlungen über die Gefangenenfrage beharrten, die Adenauer und Brentano bereits schweren Herzens zugestanden hatten. Dies muss man als eine sowjetische Fehlleistung ansehen, wenn man von der (nicht unbestrittenen) These ausgeht, dass Moskau ein großes Interesse an der Anerkennung der Eigenstaatlichkeit der DDR hatte. Eine Dreierverhandlung über die Gefangenenfrage hätte auf jeden Fall dem Bonner Alleinvertretungsrecht und der Politik der Nicht-Anerkennung der DDR schweren Schaden zugefügt. Adenauer erklärte dem Auswärtigen Ausschuss des Bundestags später, er wäre in einer „sehr peinlichen und unangenehmen Lage“ gewesen, wenn die Sowjets auf seine Konzession eingegangen wären. Er hatte, wie er es bei einer anderen Gelegenheit rheinisch formulierte, „noch einmal fies Glück gehabt“. Der Grund für den unerwarteten Sinneswandel der Sowjets ist nicht eindeutig zu klären. Vielleicht schien ihnen die Gemengelage bei solchen dreiseitigen Verhandlungen doch zu unberechenbar, zumal es noch keine Erfahrungen mit derartigen Begegnungen gab.

Die Sowjets schädigten die Interessen der DDR noch in anderer Weise: Nachdem Adenauer Moskau verlassen hatte, vergingen einige Tage bis zur Ankunft Grotewohls, dem die Sowjets nach ihrem Drehbuch das Erstbefreiungsrecht in der Gefangenenfrage zuschanzen wollten. Inzwischen hatte sich aber schon in aller Welt die Nachricht verbreitet und festgesetzt, dass es Adenauer war, der die Gefangenen befreit habe. Die Moskauer Erklärungen zum Grotewohl-Besuch vermochten danach niemanden mehr vom Gegenteil zu überzeugen. Man muss hier aus sowjetischer Sicht fragen, ob es für sie und für die DDR nicht vorteilhafter ge-

wesen wäre, im Schlusskommuniqué nicht erst bei Grotewohls, sondern schon bei Adenauers Besuch zu vermerken, dass die Sowjetregierung aufgrund der Ersuchen *beider* deutscher Staaten bereit sei, die Freilassung der Verurteilten zu überprüfen. Adenauer hätte sich der Einbeziehung der DDR in das Kommuniqué wohl nicht verschlossen, nachdem er sich vorher schon mit dreiseitigen Verhandlungen einverstanden erklärt hatte.

### Die langfristigen Folgen der Moskaureise

Kehren wir zur Ausgangsfrage zurück: Wie ist es zu erklären, dass beide Seiten das Ergebnis von Moskau als Erfolg verbuchen konnten? Die Befreiung der Gefangenen war Adenauers persönliche Leistung, die damals das ganze Land emotional aufwühlte. Niemand konnte es wagen, den Kanzler zu schelten, weil er in der deutschen Frage nichts versucht und nichts erreicht hatte. Kein einziger Abgeordneter im Bundestag konnte es wagen, gegen den vereinbarten Botschafteraustausch zu stimmen, weil man ihn sonst beschuldigt hätte, die Leidenszeit der Gefangenen verlängern zu wollen. Und in Moskau konnte man sich auf die Schultern klopfen, weil man das Verhandlungsziel erreicht hatte und nun mit dem Aufbau einer aktiven Botschaft in Bonn beginnen konnte.

Aber damit projiziert man nur die Momentaufnahme in den Tagen und Wochen nach der Rückkehr der deutschen Delegation aus Moskau, die ganz von der Freude über die Befreiung der letzten ehemaligen Soldaten geprägt war. Ab Oktober 1955 wurde deutlich, dass sich das Verhandlungsergebnis von Moskau in die weltpolitische Situation des Kalten Krieges einordnen musste und dass sich die bilateralen Beziehungen zwischen Moskau und Bonn eher rückläufig entwickelten, dass sie eher noch schlechter wurden, als sie es vor der Reise des Kanzlers waren. Das lag anfangs nicht an der sowjetischen Regierung. Sie war eindeutig die

treibende Kraft bei der Vertragserfüllung. Sie setzte eine erstaunliche Menge an Zügen ein, um die Gefangenen innerhalb weniger Wochen nach Deutschland zu bringen. Alle hätten schon zu Weihnachten 1955 zu Hause sein können, wenn es nicht die Unterbrechung wegen der schleppenden Verhandlungen in Paris gegeben hätte. Der deutschen Seite war zwar die rasche Heimkehr der Gefangenen wichtig, nicht aber die Gegenleistung, die Eröffnung der Botschaften in Moskau und Bonn. Sie verzögerte auch die Entsendung ihres ersten Botschafters Haas, und machte dem sowjetischen Botschafter Sorin in Bonn das Leben nicht gerade einfach.

Die Sowjets sahen nun auch ihrerseits negative Seiten ihrer „normalisierten“ Beziehungen zu Bonn. Sie empfanden die Unruhe als störend, die in ihrer Bevölkerung durch die Gerüchte über Ausreisemöglichkeiten nach Deutschland ausgelöst wurde. Sie griffen mit Polizeistaatsmethoden in den Konsularbetrieb der deutschen Botschaft ein. Sie erregten sich über die amerikanischen Propagandaballons, über die angeblich in der Bundesrepublik drangsaliereten Sowjetbürger, über vermeintliche Pläne zur atomaren Aufrüstung der Bundeswehr – kurzum, es verging kaum ein halbes Jahr seit der Feiertagslaune des Adenauerbesuchs, und man fand sich in den Schützengräben des Kalten Krieges wieder. Der spätere Sowjetbotschafter Falin drückte es so aus: „Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen machten wir hauptsächlich in gegenseitigen Beschuldigungen Fortschritte, dafür aber direkt, ohne Vermittler.“<sup>232</sup>

Vor der Reise und auch noch kurz nachher hatte Adenauer argumentiert, die Bundesregierung brauche den direkten Draht nach Moskau, um mit der vierten Besatzungsmacht unmittelbar reden zu können. Als dann die Botschafter endlich ausgetauscht waren, konnte man nichts mehr von diesem Wunsch erkennen. Man kehrte zur Sprachlosigkeit des Kalten Krieges zurück.

## Die „Rapallo-Furcht“

Diese Entwicklung war nicht zwangsläufig. Sie war auch nicht nur vom Außenminister von Brentano gesteuert, der die diplomatischen Beziehungen erst nach der Wiedervereinigung für angebracht hielt. Die Rückentwicklung der Beziehungen zu Moskau war in erster Linie vom Kanzler gewollt. Er sah sich dazu gezwungen durch die Rapallo-Furcht in der westlichen Welt, die er vor seiner Reise unterschätzt hatte. Er hatte geglaubt, man werde seine Reise allenfalls als den „politischen Seitensprung“<sup>233</sup> eines in der westlichen Gemeinschaft fest verankerten Partners bewerten. Was die Kommentatoren in den Medien der drei Westmächte aber dann offen aussprachen, war nach Adenauers Vermutungen keine journalistische Spekulation, sondern war gespeist aus den Amtsstuben der Regierungen, wo man ein tiefes Misstrauen hegte, es habe in Moskau doch geheime Absprachen gegeben.

Die Rapallo-Furcht war nicht plötzlich aufgetaucht. Sie war schon in den Jahren vor der Moskaureise umgegangen. In einem der frühen Berichte der deutschen Vertretung in Washington ist die Rede von der Angst einflussreicher Senatoren vor einem „Komplott Deutschlands mit dem Kreml“, das in einem damals viel zitierten amerikanischen Buch behauptet wurde.<sup>234</sup> Auch der zuständige Unterabteilungsleiter Bräutigam im AA, der 1953 auf Bitten Blankenhorns eine Aufzeichnung über die künftige deutsche Ostpolitik schrieb,<sup>235</sup> warnte vor der Rapallo-Furcht im Westen. Die Sowjetunion habe alle Trümpfe in der Hand, die den Deutschen verlockend erscheinen könnten, die Zustimmung zur Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik wie auch eine Rückgabe ehemaliger deutscher Ostgebiete. Deshalb – so Bräutigam – blieben die Westmächte misstrauisch, ob die Bundesrepublik den östlichen Versuchungen auf Dauer widerstehen könne.

Die Erinnerung an Rapallo und – mehr noch – an den

Hitler-Stalin-Pakt von 1939 waren ein Teil des allgemeinen Albdrucks, der sich in der westlichen Welt immer dann einstellte, wenn man einen Anlass sah, den Rückfall der Deutschen in die Barbarei zu befürchten. Wenn rechtsradikale Parteien bei Wahlen in der Bundesrepublik einen unerwarteten Erfolg erzielt hatten, hörten viele schon die Marschschritte der nächsten deutschen Invasionstruppen. Der Glaube an die Demokratisierung und an den Friedenswillen der Deutschen war zehn Jahre nach dem Ende des Weltkriegs noch nicht gefestigt. Adenauer selbst zweifelte oft genug an der demokratischen Zuverlässigkeit seiner Landsleute. Man wusste im Westen, dass Adenauer keine gemeinsame Sache mit dem Kreml machen würde. Aber man fürchtete die unbekannteren Politiker, die nach Adenauer kommen würden, und denen die Wiedervereinigung allemal wichtiger sein könnte als die Treue zum westlichen Bündnis.

An dem Ausbruch der akuten Rapallo-Furcht von 1955 war Adenauer mit seinen Äußerungen vor der Reise und mit seiner Verhandlungsführung in Moskau nicht unschuldig. Er hatte zu oft versichert, dass es ohne sowjetische Zugeständnisse in beiden Fragen, also auch bei der Wiedervereinigung, keinen Botschafteraustausch geben werde. Aber dann hatte er – gegen die Opposition seiner engsten Mitarbeiter, die sich in den westlichen Hauptstädten erstaunlich schnell herumsprach – fast alle seine Forderungen fallen gelassen: die nach Fortschritten in der deutschen Frage, die nach schriftlicher Fixierung des Ehrenworts, die nach der Gleichbehandlung von Kriegsgefangenen und Zivilverschleppten sowie die Rückfallposition, nur Geschäftsträger oder diplomatische Agenten auszutauschen. Bohlen war nicht der einzige, der sich die für Adenauer so untypische „Kapitulation“ nicht anders als mit einem geheimen Zusatzabkommen erklären konnte.

Diesen Gerüchten und Verdächtigungen glaubte Adenauer nur begegnen zu können, indem er die Verbindung



zu Moskau demonstrativ und für längere Zeit ungenutzt ließ. Den Westmächten konnte es nur recht sein, wenn der Draht von Bonn nach Moskau weiter durch ihre Hauptstädte lief. Auch in der Bundesrepublik war die Attraktivität verstärkter Beziehungen mit der Sowjetunion noch nicht hoch angesiedelt, mit Ausnahme der auf den Osthandel erpichten Industriekreise. Im Gegenteil, es gab seit dem Koreakrieg in der deutschen Bevölkerung immer noch das Bedrohungssyndrom, die ausgeprägte Angst vor dem kommunistischen Expansionsdrang, die Adenauer in seinen Reden so oft beschwor. Seine Politik des Rückwärtsgangs in den Beziehungen zu Moskau war daher durchaus im Sinne der deutschen Mehrheitsmeinung von 1955.

Den Trinksprüchen von Moskau folgten keine entsprechenden Taten, sondern die Bundesregierung beschränkte sich auf das Minimum diplomatischer Gepflogenheiten, auf den Austausch von Botschaftern, die dann nur Briefe zu überbringen hatten, in denen gegenseitige Beschuldigungen zu lesen waren.

Adenauers Bemühen, die antikommunistische Politik des Westens zu erhalten

Aber warum reagierte der Bundeskanzler in einer so radikalen Weise auf die subkutane Rapallo-Furcht einiger westlicher Kreise? Er hatte doch die Zusicherung der westlichen Staatsmänner erhalten, dass sie mit dem Ergebnis seiner Moskauer Gespräche einverstanden waren. Man ist geneigt, den Handlungsspielraum der Bonner Außenpolitik im Jahr 1955 für sehr begrenzt zu halten. Immerhin war die Moskaureise Adenauers die erste Erkundungsreise der gerade erst souveränen Bundesrepublik in die außenpolitischen Gefilde. Der Kanzler, so glaubt man, hielt es für notwendig, nach seinem halbrecherischen Moskauer Abenteuer wieder auf sicheres Gelände, auf den Boden der gewohnten Gemeinschaftspolitik der Allianz gegenüber

den Sowjets zurückzukehren. Heute dagegen ist man an eine härtere Gangart in den deutsch-amerikanischen Beziehungen gewöhnt, nachdem es sich einer der Nachfolger Adenauers leisten konnte, den Amerikanern die Gefolgschaft bei ihrem Krieg gegen den Irak öffentlich und in scharfen Worten zu verweigern. Eine solche Auflehnung wäre 1955 noch nicht möglich gewesen.

Aber man darf nicht übersehen, dass auch Adenauer den Amerikanern harten Widerstand entgegensetzen konnte, wenn es ihm darum ging, wesentliche deutsche Interessen durchzusetzen. Damals, 1955/56, waren das Themenkreise wie die Stationierungskosten für die alliierten Truppen in der Bundesrepublik, der Bonner Verteidigungsbeitrag zur NATO und die Rückerstattung der im Zweiten Weltkrieg von den USA beschlagnahmten deutschen Vermögen. Bei solchen Themen vermochte Adenauer durchaus, den Amerikanern die Zähne zu zeigen und sich weitgehend durchzusetzen.

Andererseits lässt sich aus der Ballonaffäre entnehmen, dass sich die Bundesregierung nicht immer nach den Ansichten der US-Regierung ausrichtete, sondern auch auf die öffentliche Meinung in den USA Rücksicht nahm, und zwar dann, wenn es ihrer eigenen, ihrer antikommunistischen Politik entsprach.

Man wird also auch nach dem Eigeninteresse der Bundesregierung an der Vereisung der Beziehungen zu Moskau suchen müssen. Die Bonner Regierung hatte durchaus ein eigenes Interesse an der Erhaltung der „Politik der Stärke“. Hinter der Suche nach dem engen NATO-Schulterschluss stand der Wille des Kanzlers, durch seine eigene Linientreue die Ostpolitik der Allianz vor Aufweichungstendenzen zu bewahren. Adenauer sah eine große Gefahr in der zunehmenden Neigung westlicher Politiker, in Sicherheits- und Abrüstungsfragen zu einem Arrangement mit den Sowjets zu kommen, das zu Lasten der deutschen Frage gehen würde.<sup>236</sup>

Für den Westen gab es angesichts des atomaren Patts die Notwendigkeit, mit der Sowjetunion zu einem entspannteren Verhältnis auf der Grundlage des status quo zu kommen. Es gab bereits in der Vorbereitungszeit des Genfer Gipfels die Alarmsignale, dass Eisenhower bereit schien, einen neutralen Gürtel in Zentraleuropa für attraktiv zu halten. Adenauer bestürmte die Amerikaner so lange, bis Dulles öffentlich erklärte, ein neutraler Status komme für ein Land wie Deutschland nicht in Betracht. Aber mit diesem Dementi, das er allein Dulles zu verdanken hatte, war die Gefahr nur vorläufig gebannt. Der Kanzler glaubte, es gebe nur ein einziges langfristiges Mittel, die Westmächte daran zu hindern, sich über den Kopf der Bundesrepublik hinweg mit dem Osten zu verständigen, nämlich eine deutsche Politik der unbeirrbaren und absolut zuverlässigen Vertragstreue.<sup>237</sup> Die Bonner Ostpolitik nach der Moskareise wurde sehr klar von Außenminister von Brentano formuliert:

*„Die Bundesrepublik habe nun nichts anderes zu tun, als ihre bisherige Politik fortzusetzen, damit niemand in die Lage komme, die Entscheidung von Moskau umzudeuten und aus ihr herzuleiten, daß sich Deutschland zu einer anderen Politik entschlossen habe und daß deshalb auch die westlichen Alliierten frei seien, eine andere Politik zu führen.“*<sup>238</sup>

Hierin, in der Furcht vor einem westlichen Kurswechsel, liegt das Motiv für den abrupten Temperatursturz zwischen den hochgestimmten Moskauer Trinksprüchen und den nach der Rückkehr wieder einsetzenden eisigen Winden. Nach den lauten kritischen Stimmen von Bohlen, Lippmann, Alsop und den weniger lauten, aber doch merklich verunsicherten Reaktionen aus westlichen Regierungskreisen, machte Adenauer eine realistische Gewinn- und Verlustrechnung auf:

Er hatte vom Kreml die einzige damals mögliche Konzession erhalten, nämlich die Freilassung der Gefangenen. In der Wiedervereinigung war kein Fortschritt zu erwarten. Kontakte mit der DDR-Regierung, die Moskau zu diesem Zweck empfahl, würden den Grundsätzen der Alleinvertretung und seiner gesamten bisherigen Politik widersprechen. Sie würden außerdem nicht zur Selbstaufgabe der DDR und zur deutschen Einheit führen. Was sonst konnte er von Moskau erhoffen? Nichts.

Auf der anderen Seite bestand die Gefahr, das Vertrauen der westlichen Verbündeten in einem schleichenden Prozess zu verlieren und ihre ohnehin nachlassende Einsatzbereitschaft für die deutsche Wiedervereinigung aufs Spiel zu setzen. Bei diesem Kalkül sah er keine andere Wahl, als den ganzen Einsatz auf die westliche Karte zu setzen. Die Gefahren, die ihm von einer möglichen Änderung der westlichen Politik drohten, schienen ihm weit größer als die Hoffnungen, die an eine kaum wahrscheinliche Änderung der sowjetischen Deutschlandpolitik geknüpft werden konnten.

Im Grunde blieb Adenauer dieser Politik treu, auch als nach dem Tode seines wichtigsten Verbündeten Dulles und nach dem Amtsantritt Kennedys sein Rückhalt in den USA geringer und die westliche Neigung zur Entspannungspolitik größer wurde. Er konnte mit seiner Linientreue die Aufweichung der westlichen Politik doch nicht verhindern. Letztlich brachte ihm die selbst auferlegte Enthaltsamkeit in den Beziehungen zu Moskau keine Früchte.<sup>239</sup> Erst in den letzten Jahren seiner Kanzlerschaft versuchte Adenauer sich dem allgemeinen Trend anzupassen. Er wagte gewisse Experimente einer Kurskorrektur mit gelegentlichen Übungen der Geheimdiplomatie gegenüber dem Kreml. Er bediente sich (hinter dem Rücken seines Außenministers) erstmals der Vermittlungsdienste des sowjetischen Botschafters. Er gab Botschafter Smirnow Lösungsvorschläge zur deutschen Frage in die Hand. Auf der

anderen Seite bekam Botschafter Kroll (am Auswärtigen Amt vorbei) etwas mehr Bewegungsfreiheit für den Ausbau seiner persönlichen Beziehungen zu Chruschtschow. Dies vermochte jedoch die allzu lange unbenutzten Drähte zwischen Bonn und Moskau nicht mehr in Schwingungen zu versetzen. Das Interesse der Sowjets an der deutschen Frage war rapide gesunken, seitdem sie bemerkt hatten, dass die Westmächte begannen, ein größeres Interesse an der weltpolitischen Entspannung als an der vertrackten, letztlich doch wohl unlösbaren deutschen Wiedervereinigung zu entwickeln.

Für die Sowjets war es enttäuschend, wie sich ihre Initiative gegenüber der Bundesrepublik entwickelte. Sie hatten sich eine sehr aktive, in die Öffentlichkeit wirkende Botschaft am Rhein vorgestellt, wie sich aus Chruschtschows Brief vom 7. Juni an die Genossen von der SED entnehmen ließ. Ihre Wirkungsmöglichkeit in der Bundesrepublik erwies sich aber als sehr eingeengt. Noch vier Jahre später bedauerte Chruschtschow in einem persönlichen Schreiben an Adenauer, dass es „zu meinem aufrichtigen Bedauern nicht so gekommen ist, wie ich bei unserer Begegnung in Moskau ... glaubte annehmen zu können“.<sup>240</sup> Adenauer erwiderte darauf: „Wie Sie hatte auch ich aus unseren Verhandlungen im Herbst 1955 den Eindruck mitgenommen, daß nunmehr zwischen unseren beiden Ländern eine Periode sich ständig steigernder freundschaftlicher Zusammenarbeit beginnen werde. Zu meinem großen Bedauern haben sich diese Hoffnungen nicht in dem von mir gewünschten Umfange erfüllt. Wie das gekommen ist, ist schwer zu sagen; noch schwerer würde es sein festzustellen, wer die Schuld trägt.“<sup>241</sup>

Für Bonn war die Zeit „normaler“ Beziehungen zu Moskau noch nicht gekommen, wie von Brentano nicht müde wurde, in Interviews und Reden zu wiederholen. Aber der selbstbewusste Chruschtschow hatte schon in einem seiner Moskauer Debattenbeiträge gesagt: „... wenn Sie ab-

warten wollen, dann, glaube ich, kann man abwarten – uns bläst der Wind nicht ins Gesicht“.

### Die Moskaureise als Beitrag zur Weltpolitik?

1955 war ein Jahr, in dem sich zunächst einmal die sowjetische Deutschlandpolitik zugunsten von Bonn zu ändern schien, in dem aber dann die Wiedervereinigung in weite Ferne rückte und stattdessen die Zwei-Staaten-Politik konkrete Gestalt annahm. Die Sowjets nahmen es hin, dass sich die Bundesregierung mit dem Abschluss der Pariser Verträge definitiv an den Westen angeschlossen hatte. Damit war allerdings auch, wie Chruschtschow am zweiten Konferenztag erklärte, der Weg zur Wiedervereinigung zunächst versperrt. Stattdessen verwies Moskau die westlichen Forderungen nach der Wiedervereinigung nunmehr auf den Verhandlungsweg zwischen den beiden deutschen Staaten. Die Sowjets behandelten Adenauer bei seinem Besuch mit werbendem Zeremoniell als den Vertreter eines der beiden deutschen Staaten, betonten aber sofort anschließend bei dem Besuch der DDR-Führung demonstrativ die absolut gleichwertige Souveränität des anderen deutschen Staates. Die von der Sowjetregierung durchgesetzten diplomatischen Vertretungen beider deutscher Staaten in Moskau demonstrierten vor aller Welt unmissverständlich die deutsche Zweistaatlichkeit für die nächsten Jahrzehnte.

Der Moskaubesuch des Kanzlers, so wie er sich heute darstellt, war nicht die Einleitung eines neuen Kapitels der Beziehungen zwischen Bonn und Moskau. Er hat auch nicht dazu beigetragen, die weltpolitische Konstellation der damaligen Zeit zu ändern. Er war vielmehr ein „singulärer Akt“, so wie es Hallstein beim Rückflug aus Moskau als Formulierung für das Ergebnis vorschlug. Er führte zu einem Tauschhandel, bei dem sowohl Adenauer wie die Sowjetführer Gewinne verzeichnen konnten, dem aber

keine Nachwirkungen beschieden waren. Sicher, es gab den Austausch von Reden und die persönlichen Begegnungen, aus denen man schließen konnte, dass die historischen Wurzeln einer vielschichtigen Sympathie der beiden Völker füreinander trotz der Leiden des Krieges lebendig geblieben waren. Aber der Kalte Krieg, die Zweiteilung Deutschlands, die unerschütterliche Westbindung der Bundesrepublik – alles das blieb bestehen und beherrschte die politische Landschaft auch nach der Rückkehr des Kanzlers. Insofern blieb die Moskaureise nur eine kurze Episode in der Außenpolitik der jungen Bundesrepublik.<sup>242</sup>

### Der persönliche Erfolg des Kanzlers

Der Kanzler konnte sich persönlich mit den Ergebnissen von Moskau durchaus zufrieden geben, weil sie von der öffentlichen Meinung mitgetragen wurden. Die Ergebnisse stimmten zwar nicht mit den Planspielen von Müren oder dem Verhandlungsplan seines Außenministers und seiner Berater überein. Aber man wird den Eindruck nicht los, dass Adenauer eigentlich nur die Eröffnungsrede „nach Plan“ hielt und danach, vom zweiten Tag der Moskauer Verhandlungen an, improvisierte. Er verließ sich nach Bulganins aggressiver Rede bis zum Ende der Reise ganz auf seinen politischen Instinkt. Dieser Instinkt war wie immer stark innen- und parteipolitisch ausgerichtet und gab ihm daher das Signal, dass er gut bedient sein würde, wenn er mit der Freilassung der Gefangenen nach Bonn zurückfliegen konnte.

Man hat sich daran gewöhnt, das Bild dieses erstaunlichen alten Mannes in Erinnerung zu behalten, dem es allem Anschein nach leicht fiel, Abenteuer wie die Reise nach Moskau unbeschadet durchzustehen und sogar in einen persönlichen Triumphzug umzuwandeln. Demgegenüber steht jedoch der Eindruck, den der frühere deutsche Botschafter in Paris, Wilhelm Hausenstein, gewann, als er

den Kanzler wenige Tage nach seiner Rückkehr aus Moskau besuchte. Er hatte den Eindruck, dass der Kanzler sich mit dieser Reise physisch und psychisch übernommen hatte, „daß die Moskauer Tage ihn einen ungeheuren moralischen Aufwand gekostet haben, – den größten seines staatsmännischen Lebens bis dahin.“ „Er war in der innersten Tiefe seines Wesens angegriffen.“<sup>243</sup> Adenauer hatte in den Wochen und Monaten vor dem Abflug immer wieder gehofft, die Reise werde aus irgendeinem Grund entfallen. Vielleicht hat ihn die völlige Ungewissheit, die über der bevorstehenden Verhandlung mit den Sowjetführern lag, doch stärker belastet als er zugeben mochte. Er hatte eine Abneigung gegen „Reisen ins Blaue“. Felix von Eckardt hat die Atmosphäre der unheilvollen Stille beschrieben, die in Adenauers Flugzeug auf der Reise nach Moskau herrschte. Etwas Gespenstisches lag in der Luft, wie es der CDU-Fraktionsvorsitzende Krone zur gleichen Zeit in seinem Tagebuch notierte. Drei Wochen nach seiner Rückkehr erkrankte Adenauer an einer schweren Lungenentzündung, die ihn sieben Wochen lang an sein Haus in Rhöndorf fesselte. Man darf zumindest fragen, ob dies die psychosomatischen Folgen der Moskaureise waren.

Churchill widerfuhr Ähnliches. Die Konferenz von Teheran (28. November bis 1. Dezember 1943) war für ihn sehr schwierig gewesen, weil Roosevelt in der sowjetischen Botschaft wohnte und häufige Einzelgespräche mit Stalin führte. Churchill glaubte sich in manchen Fragen isoliert. Wenige Tage nach der Abreise aus Teheran erkrankte er auf der Heimreise nach England an einer Lungenentzündung, die ihn für ein paar Wochen zwang, im Hauptquartier von General Eisenhower bei Tunis das Bett zu hüten.<sup>244</sup>

Aber Adenauer war schon bald wieder „der Alte“ – in doppelter Hinsicht. Seine persönliche Einschätzung der Sowjetunion nahm auch nach der Reise wieder die gewohnte Färbung an. Er glaubte an die Kontinuität des russischen Expansionsstrebens von der Zarenzeit bis zur Ge-



genwart des Kalten Krieges. In seinen „Erinnerungen“, im Nachwort zur Moskaureise, bleibt Adenauer dabei, dass die „diktatorische Regierungsform und der kommunistische Fanatismus, der dort herrscht, ... noch sehr lange Zeit für alle anderen Völker eine große Gefahr“<sup>245</sup> darstellt. Seine Warnung vor dem sowjetischen Imperialismus hatte er schon 1946 in die kurze Formel gekleidet: „Asien steht an der Elbe“<sup>246</sup>. Nach der Moskaureise ging er so weit, die Sowjets als die „Todfeinde“ des deutschen Volkes zu bezeichnen.<sup>247</sup>

Die Moskaureise war ein Balanceakt. Mit der Zusage zum Botschafteraustausch war Adenauer „an den äußersten Rand dessen gegangen ..., was er sich damals den westlichen Siegermächten gegenüber leisten konnte“<sup>248</sup>. Er hatte nicht ohne sein Zutun westliche Befürchtungen heraufbeschworen, die er dann in einer Überreaktion zu kompensieren suchte. Das vollständig wiederhergestellte Vertrauen der Westmächte war es ihm wert, alle Vorteile der direkten Beziehungen zu Moskau, die er vorher als wichtig beschrieben hatte, auf dem Altar der westlichen Harmonie zu opfern.